

Jugendring bemängelt zögerliche Zahlung

Pauschale vom Rat im März genehmigt. Jetzt erst erste Rate angewiesen

Barbara Merten-Kemper

Das Ringen um Mittel aus dem städtischen Haushalt wird immer stärker. Nun hat der Jugendring Alarm geschlagen. Der Zusammenschluss aller Jugendverbände in der Stadt hat in einem offenen Brief an Oberbürgermeister, Kämmerer, Jugenddezernent und Jugendamtsleiter die vom Rat im März genehmigte Pauschalförderung angemahnt. Die Summe, insgesamt geht es um 446 130 Euro, wird in vier Raten ausgezahlt. Doch die ersten beiden Raten sind noch nicht ausgezahlt. „Wir haben die erste Rate am 3. Mai freigegeben“, erklärte Jugendamtsleiter Thomas Krützigberg gestern auf Anfrage der WAZ überraschend. Denn bisher hatte sich beim Verband, auch auf Anfrage, niemand gemeldet. Der fand mehr als befremdlich, dass die zugesagten Mittel zurückgehalten wurden und die Verbände ohne jegliche Planungsmöglichkeit seit fünf Monaten ihre Arbeit bestreiten müssen.

Die kleineren Verbände können aufatmen. „Aber das kann jetzt keine Dauerlösung werden“, sagt der Jugendamtsleiter. „Sparen darf nicht dazu führen, dass Einrichtungen in ihrem Bestand gefährdet werden.“ Doch genau diese Gefahr droht gerade bei kleineren Verbänden, die nicht auf einen starken Erwachsenen-



Thomas Krützigberg ist Leiter des Jugendamtes Foto: Geinowski

verband zurückgreifen können, der für sie bei den laufenden Kosten in Vorleistung tritt. „Wir haben Verbände, die können es sich nicht leisten, fünf Monate ohne Zuschüsse zu sein. Sie müssen schließlich Miete und Personal bezahlen“, so Saskia Schneider, Geschäftsführerin des Jugendrings. Auch die Vorsitzende des Jugendrings, Bettina Winig, weist eindringlich darauf

FREIWILLIGE LEISTUNG

Langjährige Verträge

Das Problem, welche Leistungen in der Jugendhilfe zu freiwilligen oder notwendigen gehören, beschäftigt Kommunen und Regierungspräsidien, die den Ausgaben zustimmen müssen, immer wieder. Andere Städte haben deshalb schon vor Jahren damit begonnen, langjährige Verträge mit den Verbänden abzuschließen, um den jährlichen Diskussionen zu entgehen.

hin, dass gerade in Zeiten knapper Kassen Städte noch viel mehr zahlen müssten, wenn es die Arbeit der Jugendverbände nicht gebe. „Um die Arbeit der Ehrenamtlichen abzudecken, müsste die Stadt bei diesem Stundenaufkommen mindestens 400 Sozialarbeiter in Vollzeit einstellen. Dass würde Mehrkosten von rund zehn Millionen Euro bedeuten“, rechnet sie vor.

Aus Sicht der Jugendverbände ein klares Argument für ihre Arbeit. Doch solange es eine Haushaltssicherung gibt, geht es auch darum, ob und welche Aufgaben als freiwillig oder notwendig definiert werden. „Die Diskussionen zu diesem Thema sind in diesem Jahr intensiver und ausführlicher als in den Vorjahren“, sagt Jugendamtsleiter Thomas Krützigberg, der dafür ein gewisses Verständnis hat. Und er rechnet nicht damit, dass es in Zukunft leichter wird. „Wir haben schließlich immer noch keinen genehmigten Haushalt. Aber wir hoffen, dass es bei der Genehmigung für das zweite Quartal schneller geht und die Verbände damit mehr Planungssicherheit haben.“

Denn genau darum geht es natürlich auch. Es ist kaum möglich, Angebote zu entwickeln, wenn niemand weiß, wie lange sie überhaupt bestehen. Gerade Jugendarbeit braucht langfristige Planungssicherheit.